

Knill kommentiert

Das Departement für Erziehung und Kultur hat den Abschlussbericht zum Fall Schule Wigoltingen veröffentlicht.

Sabrina Bächli

Das aufsichtsrechtliche Verfahren des Kantons in Sachen Schule Wigoltingen ist abgeschlossen. Am Freitag veröffentlichte das Departement für Erziehung und Kultur (DEK) den Abschlussbericht. Über 500 Seiten an Akten kamen zusammen. Oberstufenlehrer, Behörde, Schulleiter, das Amt für Volksschule sowie 30 Eltern haben via Fragebogen Stellung bezogen.

Das Ergebnis der Untersuchung: «Es sind keine schwerwiegenden Missstände ersichtlich, die Weisungen oder Ersatzanordnungen an die Schulbehörde nötig machen.» Jedoch gibt das DEK Empfehlungen an die Schulführung ab. Im 33 Seiten umfassenden Bericht findet Departementschefin Monika Knill klare Worte.

Zu rasch eingeführt: Das neue Schulmodell

Die Einführung des neuen Schulmodells mit niveaudurchmischten Klassen sei zwar zulässig. Der Prozess war aber zu ambitioniert, Raum für Diskussionen und Anpassungen kaum vorhanden. «Die jeweiligen Treffen der Schulleitung mit dem Lehrerkollegium waren als Informationsanlässe bezeichnet und eine Behandlung von Inputs der Lehrer war nicht vorgesehen.» Die Arbeit der Schulführung sei zudem nicht strukturiert erfolgt. Auch gegenüber

den Erziehungsberechtigten und den Stimmbürgern konnte die Schulleitung die Strategien für die Sekundarschule wenig fassbar aufzeigen, was für Verwirrung sorgte.

Entscheidend bei derlei Veränderungsprozessen sei die Zusammenarbeit mit den Lehrpersonen: «Von Anfang an wurden personelle Veränderung und Abgänge mitgedacht und darauf hingewiesen, dass, wer den Weg nicht mitgehen wolle, die Möglichkeit zur Kündigung habe.» Dies zeige wenig Bereitschaft, den Weg mit dem eigenen Personal zu gehen. «Es ist nicht erstaunlich, dass eine solche Hal-

tung Abwehr und Druck bei den Lehrern auslöst.»

Lehrer und Leitung: Pflichtverletzungen

An der Schule besteht das Arbeitsverhältnis zwischen Fürsorgepflicht der Behörde und Treuepflicht der Lehrer. Der Kanton hält fest, dass beide Parteien ihre Pflichten teilweise verletzt haben. So hält sie den Lehrern eine Unwilligkeit, Führungspersonen zu akzeptieren, vor, da bereits vor der jetzigen Schulleitung Probleme aufgetaucht seien. Bereits die Evaluation der Schule 2016 habe solches zu Tage gefördert.

Weiter hätten die Lehrer im Zuge des Konflikts öfters ein konfrontatives und unkooperatives Vorgehen gezeigt, welches sich mit der Treuepflicht nicht vereinbaren lasse.

Aber auch die Schulführung verletzte ihre Pflichten. Hauptsächlich nennt der Bericht hier die Medienmitteilung von Schulpräsidentin Nathalie Wasserfallen vom 4. Mai. Vorwürfe an die Lehrer, sie würden ihre Interessen über die der Schüler und Steuerzahler stellen, seien problematisch; «da das Berufsethos der Lehrpersonen in Frage gestellt» würde. Der Brief erscheine kaum mit der Treue-

pflicht der Behörde gegenüber den Lehrern vereinbar.

Ungenügende Information und Kommunikation

Grundsätzlich, hält der Bericht fest, habe die Schulführung den Auftrag der Information an Lehrer und Eltern wahrgenommen. Im Bereich der Kündigungen der sieben Lehrpersonen stellt sich jedoch die Frage, wie die oben genannte Medienmitteilung einzuordnen ist. Die darin enthaltenen Aussagen lassen eine gewisse Wertschätzung gegenüber langjährigen Lehrpersonen vermissen. «Im Rückblick gelang der Informations-

ablauf zu den Kündigungen nicht. Dass die Schüler mit dieser Information überrascht wurden und ein Elternbrief erst zwei Tage später folgte, zeugt nicht von einem durchdachten Kommunikationskonzept.» Auch ein grösserer Teil der Eltern kritisiert die Kommunikation der Behörde als ungenügend.

Ungeschicktes Management und Arbeitskonflikte

Auch zur Rolle der kantonalen Ämter nimmt Monika Knill im Bericht Stellung, wenn auch nur knapp. «Angesichts des eskalierenden Konflikts, der vielen Beteiligten und der zunehmenden öffentlichen Dimension rechefertigte sich vorliegend eine Klärung des Sachverhalts», heisst es. Ungeschicktes Management der Schulführung und arbeitsrechtliche Konflikte würden im Thurgauer System der teilautonomen Schulgemeinde jedoch kein aufsichtsrechtliches Eingreifen rechtfertigen. Solche Probleme seien auf der kommunalen Ebene zu lösen.

Als Fazit hält Regierungsrätin Monika Knill fest, dass das Departement auf verschiedene «niederschwelligere Mängel» gestossen sei. Beide Parteien würden zudem die Verantwortung für den Konflikt «jeweils gänzlich» der anderen Seite zuweisen. Auch hätten die arbeitsrechtlichen Pflichten beidseitig nicht durchgehend Beachtung gefunden.

«Es ist fraglich, ob bei diesem Tempo die Behörde die Führung behalten kann.»



Monika Knill
Departementschefin DEK

Reaktionen auf den Bericht

«Es ist nicht das, was wir erwartet haben», sagt eine Wigoltinger Sekundarlehrperson zu den Untersuchungen des Kantons. Der Bericht zum Konflikt sei oberflächlich, was Aussagen wie «vielleicht», «man könnte» oder «es wäre gut gewesen» zeigten. Der Kanton rede um den heissen Brei herum und versuche, sich aus der Schusslinie zu nehmen. «Wir sind enttäuscht, sehen uns aber bestätigt, dass das Tempo und die Art und Weise, wie die Behörde mit uns umgegangen ist, nicht kor-

rekt war», sagt die Lehrperson. Zudem sei sie irritiert, dass es keine Konsequenzen für die Behörden oder Schulleitung nach sich ziehe.

«Sie sind überfordert»

Auch Michael Schätzle von der IG Wigoltingen macht «keine Freudensprünge», wie er sagt. Die Empfehlungen an die Schulführung würden jedoch klar zeigen, dass die Geschäftsleitung keine Orientierung und Strategie habe, die Schule zu führen.

«Sie sind überfordert und können ihr Amt eindeutig nicht richtig ausführen», sagt Schätzle. Er fordert den Rücktritt respektive die Kündigung der Geschäftsleitung. Die Behörde kann aufgrund vieler Ferienabwesenheiten derzeit keine Stellung beziehen. «Die Schulbehörde wird sich an einer der nächsten Sitzungen nach den Ferien im Detail mit dem Bericht befassen und zu einem späteren Zeitpunkt Stellung nehmen», sagt Vizepräsident Hanspeter Brauchli auf Anfrage. (sba)